

DIALOG

Lieber Stephan Hebel,

Ich schätze Ihre Leitartikel sehr, aber im Kommentar „Kein guter Dreh“ vom 24.4. zur Aktion „Allesdichtmachen“ sind Sie eindeutig über das Ziel hinausgeschossen. Dieses Ziel ist für mich die berechtigte Kritik am monatelangen Corona-Wirrwarr. Im Gegensatz zu Ihnen begrüße ich, dass sich ein paar namhafte Menschen zusammengetan haben, um mittels Ironie Kritik an der chaotischen Politik zu üben. Dass diese Aktion Unterstützung aus dem rechten, teils verfassungsfeindlich agierenden Lager erhält, ist nicht überraschend. Dies jedoch als „platteste Propaganda im Stile rechtsdriftender Querdenker“ abzutun, ist unlauter. Ich fühle mich seit dem 2. November eingesperrt und vieler Freiheitsrechte beraubt – Restaurant, Kino, Theater. Es fehlt an einer Ausstiegsstrategie. Selbst Sport unter freiem Himmel ist für Freizeitsportler nicht möglich, sondern nur für systemrelevante Profis.

Vielen Dank für die Aktion „Allesdichtmachen“! Danke für den Mut und den Versuch, aus dem Glashaus des Corona-Irrsinns auszubrechen.

Holger Kintscher, Langen

Lieber Herr Kintscher,

vielen Dank für Ihre kritischen Worte zu meinem Kommentar und besonders dafür, dass Sie einen freundlichen, sachlichen Ton gewählt haben. Allerdings gibt es auch bei Ihnen einen zentralen Punkt, an dem ich nicht zu folgen vermag: Sie begründen Ihre Kritik an meinem Kommentar damit, dass Sie zentrale Kritikpunkte an den Corona-Maßnahmen benennen. Genau dagegen allerdings habe ich mich gerade nicht gerichtet! Ausdrücklich habe ich betont, dass gegen Kritik nichts einzuwenden ist. Ich selbst habe vor Monaten einen öffentlichen Dialog organisiert, und nicht nur ich habe Manches an diesen Maßnahmen in der FR kritisch kommentiert. Kritik ist nicht „tabuisiert“, wie mir eine Leserin schreibt. Vielleicht sollten wir uns fragen, warum es bei diesem Thema so schwerfällt zu differenzieren, statt zu polarisieren. Ist es gleich ein Angriff gegen Kritik als solche, wenn ich eine bestimmte Form der Kritik für verfehlt halte?

Was uns beide unterscheidet, ist nicht die Frage, ob Schauspieler:innen sich kritisch äußern sollten, sondern dies: Ich halte die Art, in der sie es versucht haben, für vollkommen misslungen. Sie hätten wissen müssen, dass das pauschale Abtun praktisch aller Schutzmaßnahmen und die fehlende Empathie für existenziell Betroffene der Krankheit die Assoziation mit rechten „Querdenkern“ geradezu erzwingen. Wer undifferenzierte Maßnahmen und fehlende Empathie kritisiert, sollte sich nicht genauso pauschal und einseitig verhalten. Lassen Sie uns gemeinsam hoffen, dass kritische Stimmen sich künftig auf konstruktivere Weise Gehör verschaffen.

Stephan Hebel, FR

Diskussion: frblog.de/nichtganzdicht



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210426

Was tun für Insekten? Bronski baut seinen Garten um. Kräuter, heimische Blühpflanzen, Totholz – lesen Sie hier: frblog.de/garten-06

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert startet seine neue Gesprächsreihe „Göpferts Gäste“ im „Club Voltaire“. Thema diesmal: „Corona-Land, unbekannt: Die Lage in den Betrieben“. Mit Philipp Jacks (DGB Frankfurt/Rhein-Main) und Verónica Romanowski (IG Metall).
Mittwoch, 28. April, 19 Uhr

Andreas Schwarzkopf moderiert „100 Tage Biden-Präsidentschaft: Politikwechsel oder Rückkehr zur Vor-Trump-Zeit?“ Darüber diskutieren u.a. Bastian Hermisson (Böll-Stiftung Washington), Carsten Hübner (ehem. Transatlantic Labor Institute) und Wolfgang Lemb (IG Metall). Debatte: fr.de/eventvideo
Mittwoch, 28. April, 19 Uhr

Stephan Hebel u.a. in einer Aufzeichnung der Veranstaltung vom 11. April, bei der es um Julian Assange und die Bedrohung der freien Meinungsäußerung ging: „Assange – Fragmente einer Unzeit“. Eine Matinee beim Ensemble Modern mit Musik und Diskussion. Kostenlos abrufbar.
Bis Dienstag, 11. Mai
www.FR.de/utopisch

Sachliche Kritik ist trotzdem geboten

Erwiderung auf „Impftermin am nächsten Tag“ und zu „Regeln für Geimpfte gesucht“, FR-Forum und -Politik vom 24. April

Der Unsinn mit den Impfzentren

Es geht mir nicht darum hier vernichtende Grundsatzkritik zu betreiben, wie das heute allzu gern geschieht. Ich habe größtes Verständnis dafür, wenn in einer Pandemie-Situation nicht alles rundläuft. Wie könnte es auch. Niemand sollte ernsthaft glauben, dass er alles besser gemacht hätte als die, die in der Verantwortung stehen und ständig schwerwiegende Entscheidungen treffen müssen.

Trotzdem ist es geboten, punktuell sachlich Kritik an offensichtlichen Problemstellen anzubringen. Hierzu meine Erfahrung mit dem Impftermin bzw. der Servicestelle. Als Arzt falle ich in eine bevorzugte Gruppe. Bei meiner telefonischen Registrierung wurden stur alle Daten abgefragt und dann angemerkt, dass ich vom Alter her noch nicht dran wäre. Erst auf meinen nochmaligen Hinweis, dass ich Arzt sei, wurde dies zur Kenntnis genommen. Ich habe mich, als das zusätzlich angeboten wurde, für Astrazeneca registrieren lassen, in der Hoffnung, dass es schneller ginge. Darauf geschah etwa zehn Tage lang: nichts. Dann ein Termin in zweieinhalb Wochen für: Moderna! Das muss bzw. kann man nicht verstehen. Glücklicherweise hatte eine Kollegin

mich in der Zwischenzeit mit AZ geimpft, so dass ich diesen Termin absagen konnte.

Ich wage zu behaupten, dass wir mit der Impfung viel weiter wären, hätten wir sie von Anfang an in die Hände der niedergelassenen Kollegen gegeben. Kosten sparender wäre es obendrein. Spätestens wenn jetzt noch Fach- und Betriebsärzte impfen, sollte man den Unsinn mit den Impfzentren und deren schwerfälliger Terminvergabe beenden.

Dr. Harald Reinemer, Bad Vilbel

Woher nimmt die Politik diese Euphorie?

Mit Interesse lese ich täglich die Forum-Seiten in der FR. Stellen sie doch immer das Spektrum der Meinungen dar. Gerade habe ich – zugegeben: mit Neid – die freudige Mitteilung des Herrn Kimmerlin über die schnelle Zuteilung eines Impftermins in Frankfurt gelesen. Da mein Wohnsitz im Wetteraukreis liegt, ist das Impfzentrum in Büdingen zuständig respektive der Hausarzt. Beim Hausarzt wurde mir mitgeteilt, dass vor mir noch viele zu Impfung warten und ich mit einer langen Wartezeit zu rechnen habe bzw. man wisse nicht, ob man Astrazeneca bekomme, um die Prioritätsgruppe 3 (zu der ich gehöre) zu impfen. Das Impfzentrum Büdingen

kann nur über die Seite des Hessischen Impfportals oder über deren Callcenter erreicht werden. Nach erfolgreicher Online-Registrierung (nur für Astrazeneca, „Fast Line“) erhält man eine Bestätigung mit dem Hinweis, dass es mehrere Wochen dauern kann, bis man einen Termin erhält. Auf telefonische Nachfrage – weil mittlerweile die Gruppe 3 für alle Impfstoffe geöffnet wurde –, wie ich mich verhalten soll, weiß man/frau keinen Rat.

So weit meine Erfahrung. Woher Politiker ihre Euphorie nehmen, dass das Impfen jetzt Fahrt aufnimmt, kann ich nicht nachvollziehen. Wahrscheinlich liegt es an meiner niedrigen Frustrationsgrenze.

Wolfgang Zink, Wöllstadt

Wochenlange Diskussionen

Wetten, dass die von den Impfzentren und Hausärzten erfassten Daten nicht zur Verfügung stehen bzw. digital übertragbar sind für die rasche Verwendung im digitalen Impfausweis oder noch besser über die Corona-App? Das haben sie wieder vermasselt. Selbst über den Impfausweis an sich werden die Politiker noch wochenlang diskutieren. Werner Junghans, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/gezerre

Krümel, die vom Herrentisch fallen

BDI-Präsident: „Die Pandemie bedroht unsere Innovationsfähigkeit“, FR-Wirtschaft vom 10. April

Herr Russwurm wünscht sich die Frage: „Was können wir als Gesellschaft tun, um die Industrie zu unterstützen?“ Lebt er außerhalb dieser Gesellschaft in einer Blase? Offensichtlich hält er es für selbstverständlich, dass Infrastruktur zur Verfügung steht, dass Bildung in Deutschland bezahlt wird, und sieht das nicht als gesellschaftliche Leistung. Es geht ihm „darum, dass der Wohlstand in unserem Land ganz massiv davon abhängt, dass die Industrie erfolgreich ist.“ Seine Argumente erinnern an die Geschichte des armen Laza-

rus, der sich von den Krümeln ernährte, die vom „Herrentisch“ fielen. Je mehr gefressen wird, desto mehr fällt herunter; ist das seine Logik?

Die Wirklichkeit sieht aber anders aus: Die Industrie war jahrelang erfolgreich. Dennoch sind die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden. Der sogenannte Fahrstuhl-Effekt – wenn es aufwärts geht, geht es für alle aufwärts – hat sich längst als Fiktion erwiesen. Die Zahlen zeigen das deutlich. Die großen Konzerne gestalten (vulgo hinterziehen) Steuern. Kein

Konzern, der nicht in Steuerparadiesen (z.B. Niederlande) Dependenten hätte. Was tun diese Konzerne für die Gesellschaft? Was tun diejenigen, die ihre Beschäftigten nicht ins Homeoffice lassen, obwohl es ginge? Was tun diejenigen, die ihren Beschäftigten keine Tests anbieten?

Der BDI-Boss sollte sich dort, wo er Verantwortung trägt, um einen Beitrag kümmern und nicht mit dem Finger auf andere zeigen und von der Gesellschaft noch mehr fordern. Das ist maßlos. Roland Walter, Rastatt

Lieferketten sollten völlig transparent sein

Zu: „Streit über die Lieferkette“, FR-Wirtschaft vom 23. April

Wer von uns Verbraucher/innen befasst sich eigentlich mit dem Lieferkettengesetz? Spätestens seit dem 3.3.21 sollten wir das tun. Es geht darum, dass für Menschenrechtsverletzungen

(Kinderarbeit, Umweltschäden) auch deutsche Unternehmen mitverantwortlich sind. Schon 2011 hatten die Vereinten Nationen die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedet. Wir erinnern uns an den verheerenden Brand in einer Textilfabrik 2012 in Bangladesh, bei dem 252 Arbeiter/innen starben, weil Notausgänge versperrt und Fenster vergittert waren.

Oder: Ist uns bewusst, dass z.B. Aldi oder Lidl mittelbar zur Ausbeutung auf den Plantagen in Ecuador beitragen, wenn sie ihre Preise für Bananen senken?

Nach zähem Ringen hat das Bundeskabinett im März einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der die Pläne von Arbeitsminister Heil und Entwicklungsminister Müller empfindlich abschwächt (z.B. was die zivilrechtliche Haftungspflicht betrifft) und damit hinter internationale Standards zurückfällt. Sie scheiterten am Widerstand von Wirtschaftsminister Peter Altmaier, Kanzlerin Angela Merkel und Wirtschafts-

verbänden. Deshalb fordert die „Initiative Lieferkettengesetz“, ein Bündnis aus 124 Organisationen, darunter „Miserere“, grundlegende Nachbesserungen: u.a. eine transparente Lieferkette vom direkten Zulieferer bis zu den Rohstoffen nicht nur für Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten in Deutschland, um weltweit Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung zu stärken.

Wir als Verbraucher/innen sollten uns überlegen, was wir gegen „Ausbeutung made in Germany“ und für die Bewahrung der Schöpfung tun können. Christa Heisig, Heusenstamm